

# Aus der Ökumene

## Ergebnisse der Tagung des Zentralausschusses in Genf

Auf die Grundsatzdebatten im Zentralschuß des Weltrates der Kirchen und die Wahl des neuen Generalsekretärs Eugene C. Blake (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 142–146) folgten eine Reihe von Grundsatzentscheidungen für den gesamten Tätigkeitsbereich des Weltrates. Zunächst zur Wachablösung in den leitenden Ämtern, die z. T. unbesetzt geblieben waren, um dem neuen Generalsekretär nicht vorzugreifen.

### *Die Wachablösung*

Angesichts der Wahl eines Nordamerikaners zum Generalsekretär, nicht aus persönlicher Kränkung, wollte der Vorsitzende des Zentralausschusses, Franklin Clark Fry, führender Lutheraner der USA, sein Amt zur Verfügung stellen. Dieses Anerbieten wurde abgelehnt. Fry wurde ebenso wie sein Stellvertreter, der englische Baptist Ernest A. Payne, im Amt bestätigt, aber es wurde ein zweiter Stellvertreter in der Person des 47jährigen indischen Pfarrers J. Russel Chandran gewählt, der seit 1948 den führenden Gremien des Weltrates angehört und das bedeutendste theologische Kolleg der Kirche von Südbangalore leitet. Er ist auch einer der maßgebenden Männer der Ostasiatischen Kirchenkonferenz, von deren Rolle in der Vietnamfrage wir noch hören werden. Zum Direktor der stärksten Abteilung des Weltrates nach der Integration des Internationalen Missionsrates im Dezember 1961 (vgl. Herder-Korrespondenz 14. Jhg., S. 509f), der „Abteilung für Weltmission und Evangelisation“, wurde der 44jährige westindische farbige Methodist Philipp Potter ernannt. Er war von 1954–1958 in der Genfer Zentrale als Sekretär des Jugendreferates tätig und spielte auf der Dritten Vollversammlung des Weltrates in Neu-Delhi eine Rolle (vgl. Herder-Korrespondenz 16. Jhg., S. 234f.). Er forderte damals mit anderen Missionstheologen den Bruch mit den westlichen Denkkategorien. In dieser Hinsicht ist seine Wahl ein Programm. Als Nachfolger des zurückgetretenen Anglikaners Patrick C. Rodger wurde der schweizerische reformierte Pfarrer Lukas Vischer zum Leiter des Sekretariats für Glaube und Kirchenverfassung gewählt. Ihm wurde als beigeordneter Direktor der russisch-orthodoxe Erzpriester Witalij Borowoj zur Seite gestellt, dessen Haltung in der Kritik zur „Arbeitsgrundlage“ über den „ökumenischen Weg“ des Weltrates klar zum Ausdruck kam (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 145).

### *218 Mitgliedskirchen*

Anstelle von Eugene C. Blake übernimmt der 55jährige Amerikaner John Holt, Laie und früher im Dienst des State Departement, die Leitung der Abteilung für Zwischenkirchliche Hilfe und Flüchtlingsdienst. Auf lebhaftes Klagen von Landesbischof Lilje, daß kaum noch Deutsche im Stab des Weltrates arbeiten, wurde der Hamburger Hauptpastor Hans-Heinrich Harms in die Kommission für Weltmission und anstelle von Klaus von Bismarck Missionsdirektor Gerhard Brennecke (Ostberlin) in den Ausschuß für Strukturfragen gewählt. Lukas Vischer wurde der deutsche Pfarrer Reinhard Groscurth aus Recklinghausen beigeestellt.

Die Gesamtzahl der Mitgliedskirchen hat sich um vier auf 218 erhöht durch die Aufnahme der Orthodoxen Kirche der Tschechoslowakei (400 000 Glieder), der Lutherischen Kirche von Madagaskar (250 000), der Vereinigten Kirche von Zambia (30 000) und der Episkopalkirche von Brasilien. An dieser Stelle mag die Sitzverteilung für die Vierte Vollversammlung des Weltrates der Kirchen aufgeführt werden, über deren Programmvoranschau weiter unten berichtet wird. Von den insgesamt 755 vorgesehenen Sitzen entfallen auf die Afrikaner 78, Asiaten 103, zusammen 181, also weit unter einem Drittel. Europa entsendet 316 Delegierte, Nordamerika 183, Australien 38 und Lateinamerika nur 16.

Erwähnenswert ist noch, daß der Haushaltvoranschlag für das Jahr 1966 wieder auf rund 960 000 Dollar veranschlagt wurde gegenüber 871 000 Dollar für 1964. Diese Erhöhung ist wesentlich durch Angleichungen an die Geldwertung und nicht durch „Aufblähung“ des Personalstandes bedingt, der von einigen Rednern als unzureichend, vor allem für die Führung des Dialogs mit Rom, bezeichnet wurde (Verghese).

### *„Die Gefahr einer neuen Spaltung“*

Wichtiger sind die Grundsatzdokumente, die vom Zentralschuß verabschiedet wurden. Dazu gehört als erstes das Ergebnis der Aussprache über die sogenannte „Arbeitsgrundlage“ zum Thema „der ökumenische Weg“. Sie wurde in ihren (hier im vorigen Heft berichteten) Grundzügen übernommen und ergänzt durch die Erwähnung kritischer Gedanken, denen sie begegnete. So heißt es: „Eine andere Gruppe innerhalb der ökumenischen Bewegung verbindet einen großen Eifer für die christliche Mission mit einem ziemlich scharfen Urteil über die Starrheit einiger kirchlicher und sogar auch einiger ökumenischer Strukturen. Sie betonen die Notwendigkeit einer authentischen — und darum vereinigten — christlichen Gemeinschaft in der Welt.“ Nicht in gleicher Weise wurde die Kritik von Landesbischof Lilje an den „Hindernissen“ der ökumenischen Einigung eingearbeitet. Statt dessen finden sich andere Sätze, die Beachtung verdienen, etwa folgende:

„Es besteht die dauernde Versuchung, die ökumenische Arbeit auf eine kleine Gruppe von Spezialisten zu beschränken, anstatt sie als eine Dimension des Lebens und der Mission der gesamten Kirche zu erkennen. Es besteht heute die wirkliche Gefahr einer neuen Spaltung innerhalb der ökumenischen Bewegung zwischen denen, die in ihr ein Leben lang gearbeitet haben, und anderen, die in Meinung sind, die formellen ökumenischen Entwicklungen seien nicht weit genug fortgeschritten gegenüber dem Maßstab der Einheit, die uns aufgegeben ist.“ Solange diese Unterschiede nicht überwunden werden, könne der Weltrat der Kirchen nicht so arbeiten, wie er sollte, „d. h. als ein den Kirchen zur Verfügung stehendes Instrument, das sie in die Lage versetzen soll, die erreichte Einheit auszudrücken . . .“ Es sei unmöglich, mit dem bisher Erreichten zufrieden zu sein. „Es besteht die ernste Gefahr, daß sie brüderliche Verhältnisse und Zusammenarbeit für ausreichend und das weitere Bestehen von Unterschieden für unausweichlich ansehen . . .“ Im übrigen folgt die Vorlage des Weisungsausschusses in etwa der „Arbeitsgrundlage“. Die Diskussion hat keinen Umsturz hervorgerufen, das hatte wohl niemand erwartet. Es ist

eher damit zu rechnen, daß sich der neue Generalsekretär zunächst einarbeitet und die im Juli 1966 stattfindende Genfer Tagung des Referates „Kirche und Gesellschaft“ über das Leben des Christen in der technischen Zivilisation ablaufen läßt, die noch von dem scheidenden Generalsekretär Visser 't Hooft geleitet wird.

#### *Programm der Vierten Vollversammlung*

In die Zukunft weist das vom Zentralausschuß verabschiedete Vorprogramm für die Vierte Vollversammlung, die 1968 in Uppsala stattfinden wird. Sie soll sich sowohl den Konstitutionen und Dekreten des Zweiten Vatikanischen Konzils wie den Herausforderungen des revolutionären Umbruchs in der modernen Welt stellen, und zwar unter dem Generalthema: „Siehe, ICH mache alles neu!“ (Offb. 21, 5.) Die endgültigen Themen, die wie üblich im Rahmen der vier bis sechs Sektionen einer Vollversammlung bleiben werden, sind noch nicht formuliert, es heißt nur, sie sollten „etwas provozierend“ wirken. Eingehender sind die im zweiten Teil zum Hauptthema vorgelegten „Vorerwägungen“. Sie gelten dem Ausmaß der Erneuerung von Kirche und Gesellschaft. Vom wohlbekanntem Begriff des „aggiornamento“ ausgehend, wird die biblische Erneuerung in Beziehung gesetzt zu den technisch-wissenschaftlichen Umformungen der Gegenwart, die ein neues Fach der „Zukunftswissenschaft“ erfordern, ein Begriff, der heute vor allem in der amerikanischen Öffentlichkeit eine große Rolle spielt.

#### *Technologie und Eschatologie*

Die Frage wird also gestellt, was Erneuerung im Sinne der Bibel zu tun haben könnte mit den Neuerungen der Technologie, Biochemie, Soziologie und Wirtschaftswissenschaft (§ 10). Die Kirche müsse lernen, zu diesen Entwicklungen eine bescheidene, aber positive kritische Haltung einzunehmen. Man sieht, daß hier der Wetteifer mit den vorläufigen Lösungsversuchen des sogenannten Schema 13 des Zweiten Vatikanums eingesetzt hat, nur daß die Dinge von vornherein dynamischer gesehen werden. „Wir müssen unsere Unterscheidungsfähigkeiten entwickeln, um zu erkennen, was unter dem Zorn Gottes ist und daher zum Absterben bestimmt, und was unter der ‚Gerechtigkeit Gottes‘ steht.“ Das müsse ohne leichtfertigen Fortschrittsglauben geschehen, und es sei wichtig, diese Themen im Dialog zwischen Theologen und Naturwissenschaftlern zu diskutieren. Kompetente Menschen sollten anwesend sein (§ 12). Was in der Raum- und Atomforschung, in der Automation und Kybernetik und in der Biochemie geschieht, sogar die neuen Möglichkeiten, entscheidende Veränderungen im menschlichen Gehirn und Körper zu bewirken, sollte daraufhin befragt werden, ob etwas von der „Neuen Schöpfung“ darin stecke; ebenso die zunehmenden Möglichkeiten einer technologischen Neugestaltung der physischen Schöpfung, der wirtschaftlichen und politischen Organisation für eine Weltgesellschaft und -kultur der ganzen Menschheit. Eschatologie und Technologie in Einheit und Widerspruch, ein fast zu gigantisches Vorhaben für eine Weltkirchenkonferenz, bei der die Gefahr droht, das Handeln des Menschen in der Geschichte mit dem Handeln Gottes zu verwechseln. Die Gefahr wird übrigens von deutschen Theologen gesehen und ihr bereits entgegengewirkt (vgl. H. H. Wolf: „Christ at work in history“ und dazu „Some Comments“ von M. M. Thomas in: „The Ecumenical Review“, Januar 1966, S. 1 ff.).

#### *Bericht der Gemeinsamen Arbeitsgruppe*

Für katholische Beobachter besonders bemerkenswert ist der von der „Gemeinsamen Arbeitsgruppe“ (Konsultativausschuß) römisch-katholischer und ökumenischer Theologen vorgelegte und vom Zentralausschuß bestätigte Bericht. Er stellt eingangs klar, daß es nicht die Aufgabe der Gruppe sei, Verhandlungen zu führen, sondern die Möglichkeit eines Dialogs zu studieren. Sodann wird bemerkt, daß das Wesen des Ökumenismus seitens des Weltrates und der römisch-katholischen Kirche recht verschieden verstanden werde. Aber das brauche nicht ein gemeinsames Handeln auf verschiedenen Gebieten zu hindern. Zum Studium der Bedingungen eines ökumenischen Dialogs wurde eine Unterkommission eingesetzt, um zu klären, was die auf beiden Seiten erkannte Notwendigkeit bedeutet, „auf der Ebene der Gleichberechtigung zu verhandeln“ (vgl. ds. Heft, S. 157 ff.). Es wird schließlich der Status der Beobachter und der Berater bzw. der beratenden Beobachter auf den Konferenzen geklärt. Eine erste Theologische Kommission wird für das Generalthema „Katholizität und Apostolizität“ vorgeschlagen. Es gilt als selbstverständlich, daß die direkten Dialoge zwischen Rom und den einzelnen konfessionellen Weltbünden davon nicht betroffen werden. Was das bedeutet, zeigt das Ergebnis der Verhandlungen mit dem Erzbischof von Canterbury, Michael A. Ramsey, die anlässlich seines offiziellen Besuches in Rom am 23.—24. März 1966 zutage getreten sind in einem, wie das Protokoll erkennen ließ, sehr eindrucksvollen Zeremoniell.

Der Bericht der Gemeinsamen Arbeitsgruppe untersucht auch die Möglichkeiten einer Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Missionen, wo hier und da bereits örtliche Kontakte, wie z. B. auf den Philippinen, stattgefunden haben. Sodann aber wird erklärt: „Der internationale Bereich erfordert mit aller Dringlichkeit die Zusammenarbeit aller.“ Es wird geraten, die christliche Verantwortung in den internationalen Angelegenheiten mit Vorrang zu behandeln.

Zu den besonderen Aufgaben, die zu lösen seien, gehörten gemeinsame Bibelübersetzungen, Festsetzung eines gleichbleibenden Ostertermins, Angleichung des Wortlauts von Gebeten, die beide Seiten in der Liturgie benutzen, z. B. des „Vater unsers“, und gemeinsame Untersuchung der Konzilsdokumente.

#### *Die Beurteilung des Zweiten Vatikanums*

Der Zentralausschuß ließ sich auch von seinen Konzilsbeobachtern über das Zweite Vatikanum berichten. Pfarrer Lukas Vischer rief zu einer zurückhaltenden Beurteilung der Konzilsdokumente auf, damit ihnen in der Interpretation nicht der Charakter der Vorläufigkeit genommen und „das Werk der Restauration“ gefördert werde (epd, 11. 2. 66. Der volle Wortlaut seines Referates in: „Reformatio“, Februar 1966, S. 99—112). Er hob als besonders bedeutungsvoll die Konstitution über die göttliche Offenbarung heraus. Auch wenn die römisch-katholische Kirche nach dem Wortlaut „ihre Gewißheit nicht aus der Schrift allein gewinne“, so sei es ihr doch, wenigstens im ökumenischen Gespräch, schwieriger geworden, irgendeine Aussage anders als durch die Schrift zu begründen. Die Erklärung über die religiöse Freiheit werde die Haltung der römisch-katholischen Kirche zur Welt tief verändern. Nur wenn man den Partner in Freiheit ernst nimmt, könne es zum Dialog kommen. Das Missionsdekret führe sogar über das Öku-

menismusdekret hinaus, da es die Zusammenarbeit von Kirchen ermögli­che.

Aber dies alles dürfe nicht darüber hinwegtäuschen, daß das Konzil nicht alle Hindernisse einer ökumenischen Verständigung ausgeräumt habe, etwa die Überbetonung des päpstlichen Primats. Sehr zu bedauern sei auch, daß das Dekret über die christliche Erziehung die Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit anderen Kirchen in keiner Weise erwähne, es sei von allen Dekreten das kurz­ichtigste. Zusammenfassend erklärte Vischer: „Das Ende des Konzils läßt uns darum in einer seltsam zwiespältigen Situation. Die ökumenische Bewegung hat durch das Vatikanische Konzil einen gewaltigen Anstoß erhalten. Der Horizont aller Kirchen ist erweitert worden, sie sind alle in ihren Positionen in Frage gestellt worden... Sie sind noch weit davon entfernt, diesen Durchbruch verarbeitet zu haben. Das Konzil hat aber nicht die Frage gelöst, wie die Kirchen in einer Gemeinschaft leben sollen. Die römisch-katholische Kirche und der Ökumenische Rat der Kirchen stehen nebeneinander, ohne daß klargeworden wäre, wie die ökumenische Bewegung, die *eine* ist, auch als *eine* zum Ausdruck kommen kann. Wann und wie wird sie gelöst werden können? Man müsse auf die Türen achten, „die Gott auftun mag“.

Die Ausführungen des orthodoxen Konzilsbeobachters Nikos A. Nissiotis hielten sich im Rahmen seiner im vorigen Jahrgang hier berichteten Gutachten. Unverständlich für einen Orthodoxen sei die Befugnis des Papstes, in den Verlauf eines Konzils einzugreifen oder seine Entscheidungen durch ein „Motu proprio“ in eine bestimmte Richtung zu lenken: „Die große Autorität über dem Konzil war der abwesende Papst, repräsentiert durch einen leerstehenden Thron, der dort stand, wo bei den früheren Konzilen das Evangelium aufgestellt zu werden pflegte“ (epd, 12. 2. 66).

#### *Große Politik um Vietnam*

Die „Kommission der Kirchen für internationale Angelegenheiten“ (CCIA) hatte eine umfangreiche Vietnam­erklärung vorbereitet, die sich aus Dokumenten ähnlicher Art des Nationalrates der Kirchen Christi vom 3. Dezember 1965 ergab. Damals war eine Konsultation mit Vertretern der Ostasiatischen Christenräte voraus­gegangen. Diese Dokumente lagen dem Zentralaus­schuß vor. Aber noch fehlte darin ein Punkt, der erst in Genf hineinkam, nämlich die Forderung der Anerkennung Rotchinas und seine Aufnahme in die UN. Nach Landes­bischof Lilje hat bei der Entwicklung dieser politischen Linie auch das Argument eine Rolle gespielt, der Papst solle die Show des Friedens vor der Welt nicht für sich allein haben („Sonntagsblatt“, 20. 2. 66).

Der Zusammenhang ist nicht unwichtig. Schon der Aufruf des Nationalrates der Kirchen vom 3. Dezember 1965 war vermutlich angeregt durch den vorangegan­genen Besuch des Papstes bei den UN. Er schloß: „Unter­stützt die Bemühungen des Nationalrates der Kirchen, der dem Ökumenischen Rat und Papst Paul VI. vor­geschlagen hat, gemeinsam die weltweite christliche Ge­meinschaft zu mobilisieren, um eine gerechte Alternative für den Krieg zu fördern.“ Da wurde also die Zusam­menarbeit mit dem Vatikan dokumentiert.

#### *So wie Papst Paul VI.*

Die Vietnam-Resolution des Zentralaus­schusses geht weiter und hält sich auf der Linie der päpstlichen Frie­densaktion: „In diesem nuklearen Raumzeitalter muß

das Streben nach Gerechtigkeit das Risiko eines katastro­phalen Konfliktes in Rechnung stellen.“ In dieser Zeit wäre Schweigen unverantwortlich. Unter Hinweis auf die vorausgegangene Resolution des Nationalrates der Kirchen in den USA, die stattgehabten Konsultationen mit Delegierten der Ostasiatischen Christenkonferenz, die Aktivität der CCIA während der letzten Monate und die Friedensaufrufe des Papstes heißt es, daß „zur Zeit die möglichen Wege einer Zusammenarbeit zwischen dem Vatikan und dem Ökumenischen Rat erkundet werden“. Das eigentliche Ziel müsse sein, die Kämpfe zu beenden. Man müsse zurück zur Genfer Vierzehn­mächtigenkonferenz von 1954. Auch hier laufen die Vor­schläge mit Rom parallel. Es folgen in zehn Punkten detaillierte Vorschläge, wie die USA und Nordvietnam Zug um Zug ihren Kampf abbauen sollten. Die Haupt­forderung richtet sich an die USA, ihre Politik der Ein­dämmung des Kommunismus in Asien zu modifizieren. Unter 9 heißt es: „Jede Anstrengung wird unternommen, um das 700-Millionen-Volk der Chinesen, vertreten durch die ... Volksrepublik China, in die weltweite Ge­meinschaft der Nationen aufzunehmen...“

Wie ernst der neue Generalsekretär diese Entschlie­ßung nahm, zeigt, daß der Nationalrat der Kirchen in den USA sie sich am 22. Februar, unmittelbar nach der Rück­kehr Blakes in die USA zu eigen machte, diesmal mit dem Rat an die Regierung in Washington, Rotchina anzu­erkennen. Man wird diese auffallende „politische“ Linie von Eugene C. Blake nicht überschätzen dürfen. Sie ist ein Symptom dafür, wie er sich die „Zusammenarbeit“ denkt, und es scheint, daß der Bericht der Gemeinsamen Arbeitsgruppe ihm darin Recht gibt. Es läßt sich aber auch nicht leugnen, daß das Echo oder die Zustimmung zu dieser Linie in der kirchlichen wie der politischen Presse wenigstens Europas zurückhaltend war. Hier hält man die theologischen Probleme für wichtiger.

#### *Stellung der Anglikaner*

Daher sei zum Schluß auf den Bericht des scheidenden Leiters der Kommission von „Faith and Order“, Patrick C. Rodger, eingegangen. Er führte der Reihe nach die neuen Gesprächsanknüpfungen zwischen den Kirchen auf, der Orthodoxen mit den Altkatholiken und Anglikanern nach der Dritten Panorthodoxen Konferenz von 1964, der Anglikaner mit den Methodisten in England, der Lutheraner und Reformierten in Europa und den USA, dazu die neuen Kontakte mit der römisch-katholischen Kirche. Aber er verschwieg sowenig wie Visser 't Hooft die Hindernisse. Die Hauptgegner seien nicht einmal die Christen, die sich dem Ökumenismus widersetzen (die sogenannten Evangelikalen oder Fundamentalisten, die dem Weltrat Modernismus vorwerfen), noch sei es die ungläubige Welt, die eher noch hilft, sondern es sei die Unkenntnis über die ökumenische Aktion, ihre irrige oder einseitige Deutung, die Vorwürfe, die man dem Weltrat mache, er wolle Uniformität oder richte Konfusion an. Es gebe daher „keinen anderen Weg zur Einheit als den Weg des Kreuzes, der Auferstehung, den Weg, den Christus selber gegangen ist“ (Réforme“, 26. 2. 66).

Der wohlabgewogene und positive Bericht eines Sonder­korrespondenten der anglikanischen „Church Times“ (18. 2. 66) schloß seinen Kommentar mit der Bemerkung, man habe in Genf private Erklärungen hören können, weshalb der Erzbischof von Canterbury, Michael A. Ramsey, einer der sechs Präsidenten des Weltrates der Kirchen, der wichtigen Sitzung des Zentralaus­schusses

ferngeblieben sei. Sicher auch wegen der Vorbereitung seines späteren Besuches bei Papst Paul VI. und dann in Genf, „aber unterrichtete Leute fragen sich, ob die Kirche von England den Weltrat der Kirchen wirklich ganz ernst nimmt“. Tatsächlich hat Erzbischof Ramsey angesichts der begrenzten Dynamik des Weltrates in den letzten Jahren sein „Instrument der Einheit“, die Anglikanische Ge-

meinschaft, erheblich aktiviert. Sein Vorgänger, John Fisher, reiste 1960 noch über Jerusalem und Konstantinopel nach Rom zu Papst Johannes XXIII., und zwar ohne Gefolge und privat, Erzbischof Ramsey kam, nachdem Msgr. Willebrands ihn in Canterbury aufgesucht hatte, mit allen zuständigen Beratern auf direktem Wege und schloß seinen förmlichen Frieden mit dem Papst.

## Briefe an die Schriftleitung der Herder-Korrespondenz

Rio de Janeiro, den 5. Febr. 1966

Geehrter Herr Direktor der Herder-Korrespondenz!

Es hat in Rio de Janeiro befremdend gewirkt, daß eine kulturell so hochstehende Zeitschrift wie die Herder-Korrespondenz in der Januar-Nummer dieses Jahres einen so negativ kritisierenden Artikel unter dem Titel „Eine nutzlose Kathedrale für Rio de Janeiro“ veröffentlicht hat.

Der Artikel verstößt vom ersten bis zum letzten Satz gegen die objektive Wahrheit.

Tatsächlich hat Seine Eminenz, der Hochwürdigste Herr Kardinal von Rio de Janeiro, 1964 den Grundstein für die erste Kathedrale von Rio gelegt. Es ist unrichtig, wenn Ihr Berichterstatter von einer neuen Kathedrale spricht, denn Rio hat noch nie eine Kathedrale gehabt, obwohl der Heilige Stuhl in der Errichtungsbulle des Bistums den Bau einer Kathedrale vorsah, anstatt eine der bereits bestehenden Kirchen zur Kathedrale zu erheben.

Ich möchte nicht auf die Gründe für das Fehlen einer Kathedrale in dieser Stadt eingehen. Lieber möchte ich diese Zeilen dazu benutzen, die falschen Behauptungen der Herder-Korrespondenz zu widerlegen.

Der Berichterstatter schreibt, daß die Kathedrale „am Largo da Carióca, im Zentrum der Stadt, in dem so gut wie keine Menschen wohnen“, gebaut wird. Der Bauplatz liegt nicht auf dem Largo da Carióca, sondern an der Avenida de Chile. Doch ist dieser Irrtum nicht wichtig im Vergleich zu anderen schwerwiegenden Behauptungen. Es entspricht nicht der Wahrheit, daß der Bauplatz in einer unbewohnten Zone liegt. Natürlich ist diese Zone nicht so dicht besiedelt wie andere, aber die Bevölkerung ist gleichmäßig gestreut. Außerdem sind große Wohnhausbauten für die Avenida de Chile vorgesehen.

Wenn es auch wahr ist, daß im Zentrum bereits zwanzig Kirchen vorhanden sind, wie der Artikel behauptet, so gibt das doch ein einseitiges Bild. Man muß hinzufügen, daß diese zwanzig Kirchen Privatgotteshäuser sind, die verschiedenen Bruderschaften gehören. Somit kann die Erzdiözese nicht so darüber verfügen, wie es zu wünschen wäre.

Zudem ist ja allgemein bekannt, daß eine Kathedrale — wie ihr Name sagt — nicht eine Kirche für eine bestimmte Zone ist, sondern für die Funktionen des Bischofs da sein soll, der in ihr seine „cathedra“ hat und seine Herde versammelt.

Während der Bauzeit der Kathedrale wurden verschiedene Kirchenbauten in den Vorstädten Rios durchgeführt oder sind zum Teil jetzt noch im Bau, was der „soit-disant“-Soziologe im Artikel der Herder-Korrespondenz wohl nicht wußte. Um ein wenig Licht in die Sache zu bringen, darf ich erwähnen, daß Kardinal Câmara in

den zwanzig Jahren seiner Regierung dreiundfünfzig neue Kirchen in den Vorstädten bauen, achtzehn bestehende vergrößern und sechzehn vollenden ließ.

Wenn der Macumbismus und der Spiritismus 3000 Kultstätten haben, so braucht man sich darüber nicht zu wundern, da als Kultstätte ein Zimmer irgendeiner Privatwohnung dienen kann. Ich glaube bestimmt, daß Ihr „Statistiker“ nicht recht gezählt hat. Es sind nämlich viel mehr als 3000 solcher Kultstätten vorhanden.

Es ist richtig, daß Macumbismus und Spiritismus erschreckend zunehmen. Der Grund dafür liegt wohl nicht im Mangel an Kirchen, sondern im Mangel an Klerus, der nicht proportional zur Bevölkerung wächst. Zudem müssen wir feststellen, daß unser Diözesanklerus Gott sei Dank eifrig ist, daß ihm aber nicht von allen von auswärts kommenden Priestern geholfen wird, da manche ohne die geringste Sorge um das Heil der Seelen sich mit Dingen beschäftigen, die den Laien zustehen, anstatt sich der Arbeit für das Evangelium zu widmen.

Aber kommen wir auf die Kathedrale zurück. Hätte der Berichterstatter der Herder-Korrespondenz gute Absichten gehabt, so hätte er den unter ökonomischen Gesichtspunkten wirklich interessanten und originellen Plan des Dombaus nicht so verstümmelt. Ihr Berichterstatter schreibt, daß in der Krypta nur die Reichen eine Gruft kaufen können, da die Grabstätten „im voraus gekauft und bezahlt werden müssen“. Er verschweigt wohl absichtlich, daß es sich bei der Krypta um keine Kultstätte handelt, sondern um einen großen Raum für Grabstätten. Gerade um die Bevölkerung nicht mit Bitten um Almosen für den Dombau zu belasten, entschloß man sich für den Verkauf von Grabstätten in der Krypta. Der Ertrag reichte mehr als zur Deckung der gesamten Baukosten und der Kosten für die anschließenden Räume für soziale Zwecke aus — was der Artikel völlig verschweigt. Die Tatsache, daß der Gouverneur von São Paulo, Ademar de Barros, eine oder zwei Gruften kaufte, hat nichts zu bedeuten. Er hätte sogar mehr kaufen können. Interessant ist, daß die Mehrzahl der Käufer einfache Bürger sind, die für ihre Ruhestätte einen geheiligten Ort wünschten, der nicht den Profanationen der öffentlichen Friedhöfe ausgesetzt ist. Unsere Preise liegen weit unter den allgemein üblichen, aber sie reichen für unsere Zwecke.

Ich bitte um eine vollständige Veröffentlichung dieser Bemerkungen in der Herder-Korrespondenz, wie es den publizistischen Gepflogenheiten entspricht.

Zum Schluß erhebe ich einen öffentlichen und feierlichen Protest gegen die beleidigende Anspielung, die Pater Godofredo Deelen auf unsere brasilianische Presse macht. Ich bin zwar kein Journalist, habe aber große Freunde unter dieser Menschenklasse, kenne die Presse